

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Oberbürgermeister zu beauftragen sich mit der Landesregierung zügig in Verbindung zu setzen und auf eine Änderung des Nahverkehrsgesetzes Rheinland-Pfalz hinzuwirken, dass der ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) als Aufgabe der Daseinsvorsorge und somit als Pflichtaufgabe bewertet wird.